

Volksentscheid: Der totalitäre Professor | Die Weltwoche, Ausgabe 10/2014 | Samstag, 8. März 2014

DIE WELTWOCH


[Profil & Logout](#) | [Registrieren](#)

[DIE WELTWOCH](#) | [WW MAGAZIN](#) | [KUNDENSERVICE](#) | [ABO & EINZELBESTELLUNG](#) | [PLATIN-CLUB](#) | [WERBUNG](#) | [ÜBER UNS](#)

Volksentscheid

Der totalitäre Professor

Der Zürcher Staatsrechtler Andreas Auer zetert gegen die Demokratie und bereitet den Boden für autoritäre Staatsformen.

Von Urs Paul Engeler



Urs Paul Engeler

Entweder liest niemand mehr die *Neue Zürcher Zeitung*. Oder Gastbeiträge von Professoren werden mittlerweile als irrelevant überblättert. Das Erste wäre irgendwie bedauerlich. Das Zweite ist ziemlich wahrscheinlich.

Wie auch immer: Was der Zürcher Staatsrechtslehrer Andreas Auer am 27. Februar unwidersprochen abgesondert hat, hätte eine landesweite Empörung verdient. In seiner Wut über das Ja zur Initiative «gegen die Masseneinwanderung» (MEI) greift er die politischen Grundlagen der Schweiz frontal an.

Auer hielt bis Juli 2013 an der Universität Zürich als ordentlicher Professor Vorlesungen. Zuvor tat er das Gleiche in Genf. Um seine Rente etwas aufzubessern, arbeitet er heute als Konsulent bei der Rechtsanwaltsfirma Umbricht in Zürich.

Daneben lässt er auf der Website des «Zentrums für Demokratie» in Aarau sich als dessen «Gründungsdirektor» und «früheres Direktionsmitglied» feiern. Das ist eine schamlose Täuschung des Publikums.

Denn Professor Auer will die direkte Demokratie nicht sichern oder gar stärken, sondern am liebsten abschaffen. So steht es in seinem Hasskommentar in der NZZ. «Das Volk», schreibt er erstens voller Abscheu, sei «eine mathematische Konstruktion, eine der direkten Demokratie inwohnende Fiktion, denn die Summe jener Aktivbürger, die am Stichtag eine Mehrheit bilden, ist keine organische Gesamtheit und kann weder denken noch diskutieren, noch handeln».

«Das Volk als Staatsorgan», so stänkert er zweitens, sei eine unfassbare Masse, die keine Verantwortung übernehmen könne: Es zeichne sich «vor allem darin aus, dass es für seine Entscheide nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann. Denn wer sind sie denn, diese 1 463 954 Stimmbürger, die mit einem Vorsprung von knapp 20 000 Stimmen das Resultat herbeigeführt haben? Niemand weiss es, und niemand darf es wissen. Und selbst wenn man es wüsste, könnten die Ja-Sager weder kollektiv noch individuell zur Rechenschaft gezogen werden.»

Drittens, doziert er weiter, habe das Volk völlig willkürlich in die «Grundkompetenzen der Exekutive» eingegriffen: die «Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens und Führung der Aussenpolitik».

Schliesslich empfiehlt er, sich von den Instrumenten der direkten Demokratie zu distanzieren. Sie gäben nur den «Rechtspopulisten von nah und fern» Auftrieb. «Liberaler Kreise und Wirtschaftsvertreter hingegen, die dem Volk instinktiv ein gewisses Misstrauen entgegenbringen, finden im Schweizer Nein zur Personenfreizügigkeit ein willkommenes Argument, um sich einer «blauäugigen» Übernahme direktdemokratischer Institutionen mit Nachdruck zu widersetzen.» Damit die Ungeheuerlichkeit dieses Satzes und dessen fatale Rückwirkungen auf die Entwicklungen in der Schweiz nicht überlesen wird, sei die Forderung gleich nochmals abgedruckt: «Liberaler Kreise und Wirtschaftsvertreter hingegen, die dem Volk instinktiv ein gewisses Misstrauen entgegenbringen, finden im Schweizer Nein zur Personenfreizügigkeit ein willkommenes Argument, um sich einer «blauäugigen» Übernahme direktdemokratischer Institutionen mit Nachdruck zu widersetzen.»

Serie von Irrtümern

Müsste Professor Auer bei einem der letzten seriösen Staatsrechtslehrer die Prüfung ablegen, er würde mit seiner Serie von Irrtümern scheitern. Die Volksinitiative ist gemäss Verfassung das Recht, den Prozess der Gesetzgebung einzuleiten; ebenso ist die Mitsprache des Volks in der Aussenpolitik verbrieft. Die Bürgerinnen und Bürger, ob sie nun mit Ja oder mit Nein stimmten, haben ihre Motive in Leserbriefen, Blogs und den öffentlichen Diskussionen deutlich gemacht. Sie sind nicht eine anonyme Masse, wie Auer spottet. Sie übernehmen auch automatisch Verantwortung, indem sie, mit der Gesamtheit der Einwohner, die wirtschaftlichen und politischen Folgen des Entscheids mittragen. Es käme ja auch niemandem ernsthaft in den Sinn,



[Zur Übersicht aller Covers](#)

dass nur die siegreichen Befürworter (oder die Verlierer) eines Ausbaus der Bahninfrastruktur (Fabi) dessen Finanzierung zu bewältigen hätten.

Die direkte Demokratie besteht im Mehrheitsentscheid, der nach intensiver bis harter Diskussion bewusst gefällt wird. Dem Verdikt und dessen Konsequenzen fügen sich gemäss unantastbaren Spielregeln alle. Eine höhere Legitimität für politische Entscheide gibt es nicht.

Genau an dieser Basis will Professor Auer rütteln. Er zieht die Legitimität von Volksentscheiden grundsätzlich in Zweifel und redet einer starken Führung von oben das Wort. Die autoritären Staatsformen, die Auer vorzieht, gründen entweder auf dem Gottesgnadentum, mit dem Fürsten und Könige ihre Macht rechtfertigten, oder auf purer Gewalt – die nur mit Gegengewalt gebrochen werden kann.

Dem direkten Demokraten ist ein Ja zur MEI lieber als ein Gemetzel auf dem Maidan mit seinen verheerenden Folgen.

Kommentare

[+ Kommentar schreiben](#)

Bernhard Zueger

06.03.2014 | 21:50 Uhr

@Martin Wälti

...solange bei uns das Volk das Sagen hat, bleiben Wirrköpfe schlicht Wirrköpfe und werden niemals Führer“.

Hand aufs Herz Herr Wälti: was, wenn das Volk das Sagen hat, und wir so viele Wirrköpfe in der Bundesverwaltung, Bundesrat und Parlament haben, dass nicht eine einzige Person, welche das Volksverdikt der letzten Abstimmung versteht, mit den Gegenparteien verhandeln darf?

Das Volk hat eine Meinung. Die Volksvertreter offenbar eine ganz andere. Welche Meinung werden sie in Verhandlungen wohl vertreten?

Werner Sieber

06.03.2014 | 19:34 Uhr

Herr Professor ist halt nur zuständig.....

Werner Sieber

06.03.2014 | 19:34 Uhr

Als Weltbürger, Europäer und Schweizer gehöre ich zu jener Gruppe die am 9. Februar ein Ja in die Urne gelegt habe. Ich wurde gefragt ob die Schweiz die Zuwanderung selber steuern will. Das diese Frage einen Zusammenhang in der Beziehung mit dem Vertragspartner hat, war klar. Die Frage zu beantworten und dafür die Verantwortung zu übernehmen ist auch selbstverständlich. Ein Sozi übernimmt keine Verantwortung. Er ist nur Zuständig. Herr Professor was glauben sie denn, wer die Verantwortung und Folgen der entscheide des Souveräns trägt. Der Heilige Geist. Wo leben sie eigentlich.

Baruch Birnboym

06.03.2014 | 17:15 Uhr

"«Das Volk sei eine mathematische Konstruktion, eine der direkten Demokratie innewohnende Fiktion, denn die Summe jener Aktivbürger, die am Stichtag eine Mehrheit bilden, ist keine organische Gesamtheit und kann weder denken noch diskutieren, noch handeln». Widerspricht ökonomischer und soziologischen Grundlagen. Die politische Demokratie entspricht in der Oekonomie der freien Marktwirtschaft. Sie ist nicht perfekt, aber viel besser als z.B. die zentral gelenkte Kommandowirtschaft. Soziologisch: Die Intelligenz der Masse.

http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Weisheit_der_Vielen

Felix Bärlocher

06.03.2014 | 13:40 Uhr

Ganz im Sinne des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg:

"Es ist dem Untertanen untersagt, den Maßstab seiner beschränkten Einsicht an die Handlungen der Obrigkeit anzulegen"

Albert Zimmermann

06.03.2014 | 08:57 Uhr

Ist ja schon sauglatt, wie DIESELBEN Seldwyla- und EU- Kriecher, die den Schweizern Abstimmungen verbieten wollen, nun bei der Ukraine auf die Wahl durch das Volk warten.

Annemarie Reich

06.03.2014 | 07:31 Uhr

Machen Sie bitte weiter so, Herr Engeler! Ihre Beiträge sind unübertroffen gut.

Auch ich lese die NZZ nicht mehr. Sie ist nur noch ein Schatten ihrer selbst. Sie ist genauso links wie der TA, und ihr Chefredaktor bei Anne Will war der Flop des Jahres.

Ernst Jeker

06.03.2014 | 00:52 Uhr

Was für niedere Instinkte heute Staatsrechtler und Rechtsprofessoren nur haben. Entweder sie sind durch und durch Marxisten oder Atheisten oder gleich Beides; normal sind diese alle nicht mehr. Das wollen doch zwei Rechtsprofessoren, der Club Héliétique und Hans Altherr, FDP AR in der Bundesverfassung ein "Rücksichtsgebot" christlicher Symbole verankern, was nichts anderes heisst, als dass diese Gilde das Fundament Kirche zerstören wollen und unser christlich geprägtes Land verraten. Dies nur, weil sich Muslime an Kreuzen stören. Soviel zu unseren totalitären, hinterhältigen Professoren.

George Lips

05.03.2014 | 23:22 Uhr

Das Volk von dem niemand weiss wer es ist, ist voll in der Verantwortung, indem es an erster Stelle die Konsequenzen tragen muss. Nicht Professoren, echte und falsche. Die erhalten extreme Pensionen und auch bei Alter 95 noch eine Gratis Todesanzeige in der NZZ Kosten; mehrere tausend Franken, z.L. der Steuerzahler.

Martin Wälti

05.03.2014 | 20:54 Uhr

Jeder Mensch darf in unserem schönen Land seine eigene Meinung kundtun. Auch dieser unbekannte Herr Auer darf das. Worüber genau soll ich mich nun als Leser empören? Über die Meinung eines einzelnen Wirrkopfs? Ich bitte Sie, Herr Engeler. Solange bei uns das Volk das Sagen hat, bleiben Wirrköpfe schlicht Wirrköpfe und werden niemals Führer.

Hans-Andreas Dikenmann

05.03.2014 | 19:50 Uhr

Über den Ausgang der MEI-Abstimmung bin ich persönlich nicht glücklich, das vorweg. Was Herr Engeler an Äusserungen von Prof. Auer wiedergibt, ist aber unheimlich. Seine (Prof. Auers) Argumentation könnte nicht nur gegen die (halb)direkte Demokratie, sondern auch gegen jede repräsentative Demokratie gewendet werden: Auch dort ist es die am Abstimmungstag aktive wahlberechtigten Bevölkerung, welche die Parlamentarier und damit das Parteienmehr und (oft) zugleich die Regierung bestimmt. Hätte Prof. Auer recht, müsste man jede Demokratie in welcher Ausgestaltung auch immer abschaffen.